

Hilfreiche Nachbarschaft

Von der „überforderten Nachbarschaft“ zur sozialräumlichen Nachbarschaftsarbeit Die zivilgesellschaftliche Herausforderung „nationaler Stadtentwicklungspolitik“

(1) Vorbemerkung zur Lage: Nachbarschaft ist nicht mehr Nische, sondern Brücke

In den sechziger und siebziger Jahren gab es eine gewisse Idylle der „guten Nachbarschaft“ im überschaubaren nationalstaatlichen Rahmen. Danach sollte es gelingen, friedlich und solidarisch miteinander umzugehen. Plätze, Dienste und Nischen mit Bürger- und Nachbarschaftshäusern für Foren sozialer Kommunikation sollten allen Gruppen der Gesellschaft Teilhabechancen bieten.

Dem folgte in den achtziger und neunziger Jahren eine „globale Idylle“. „Global denken, lokal handeln“ war das Motto des aufkommenden ökologischen Verantwortungsbewusstseins einer globalen Welt. Es galt wenigstens, den eigenen Müll getrennt zu sortieren, wenn schon die Klimaentwicklung alle nationalen Handlungsmöglichkeiten sprengte. Oder es galt eine lokale atomwaffenfreie Zone zu begründen, wenn schon keine großen Abrüstungsschritte zustande kamen.

In den aktuellen, von krisenhaften Reformen geschüttelten, Jahrzehnten wird deutlich, dass es sowohl global als auch lokal zu handeln gilt, gleich ob finanz- oder umweltpolitisch und dass jede noch so überschaubare Nachbarschaft Einflüsse und unmittelbare Folgen einer großen Welt spiegeln.

Menschen finden sich durch Migration, Familienwandel, Demografie oder Arbeitsplatzveränderung plötzlich in einer anderen Nachbarschaft wieder. Vielfalt und Heterogenität von Nachbarschaften hat nationale Begrenzungen übersprungen, die Lösungsmöglichkeiten sind kaum noch nationalstaatlich.

Es gibt kein Entrinnen: Jedes noch so globale Krisenmanagement scheitert ohne funktionierende lokale Nachbarschaft und umgekehrt. Der soziale Raum, die Nachbarschaft von Menschen, das konkrete Miteinander gesellschaftlicher Gruppen ist unverzichtbarer Bezugsrahmen für Hoffnungen und Wünsche des Bürgers auf Heimat, Lernfeld für Bewältigung von Verschiedenartigkeit und Vielfalt von Gruppen und Experimentierfeld für gesellschaftliche Probleme, gerade weil sie nicht mehr „einzäunbar“ sind. Ohnmacht in der Idylle und die Notwendigkeit, politisch weltweit Einfluss zu nehmen, liegen nahe beieinander.

Nachbarschaft ist nicht mehr Ziel an sich, kein gebauter Interessenausgleich, nicht nur die Summe funktionaler Dienstleistungen von der Kita bis zum Krankenhaus. Nachbarschaft wird heute ein Mittel zur Wahrnehmung meiner Umgebung, ein Mittel der Befähigung des selbständigen Lebens in der offenen Gesellschaft oder – wie im neueren Diskurs seit Michael Walzerⁱ bis Hans-Uwe Ottoⁱⁱ – der Suche nach dem guten Leben auf je unterschiedlichem Niveau.

Gute Nachbarschaft bedeutet heute, Brücken zur Handlungsbefähigung der Menschen zu bauen – ob sie es in diesem oder einem anderen Quartier leben. Nachbarschaft wird zur Beziehungsarbeit in konkreten Dienstleistungen, um Menschen zu befähigen und zu motivieren, ihre Dinge selbst zu tun und gemeinsam in die Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen einzugreifen, seien sie noch so global. Nachbarschaftsarbeit gehört damit unmittelbar neben den Bildungsauftrag des Staatesⁱⁱⁱ.

(2) Zum Zusammenhang von Globalität und Nachbarschaft

Ende der neunziger Jahre klagten Städte und Wohnungswirtschaft über „überforderte Nachbarschaften“ (GdW-Kongress). Der Bund legte, in Anlehnung an europäische Strukturförderung, das Programm Soziale Stadt auf. In der Folge lebten Konzepte wie Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit wieder auf.

In der „kategorialen Gemeinwesenarbeit“, der Beschäftigung mit Jugend, Alter, Frauen, Migranten wurden sozialräumliche Formen des Zugangs diskutiert, einschließlich solcher Budgets. In der aufkommenden Diskussion um Bürgerengagement und Zivilgesellschaft wird aktuell sogar eine Kommunalisierung vom Arbeitsmarkt über Teilbetriebe bis zur Bildungspolitik wieder denkbar und deren Demokratie- und Effizienzfragen als Vorteil und Nachteil abgewogen (Grunow^{iv}).

Je globaler alle Märkte und Ereignisse werden, desto wichtiger wird die lokale Ebene. Ihre Steuerung selbst ist uneinheitlich unüberschaubar geworden als „urban governance“, als Bemühen um Regelung und Zielorientierung unter Gleichen und Akteuren aus Verwaltung, Kommunalpolitik, Betrieben, Unternehmen, Vereinen und Zivilgesellschaft.

Die Leipzig-Charta^v als Kernstück nationaler Stadtentwicklung (NSE) in Deutschland signalisiert den Versuch, diese Entwicklung durch „integrierte Stadtentwicklung“ zu bündeln und durch Einbeziehung aller Akteure mehr erwarten zu lassen als nur die Summe von dezernatsabgestimmten Einzelplanungen der Stadt.

Das Bild der „überforderten Nachbarschaften“ am Anfang dieser Entwicklung zeigt auf, dass einige gesellschaftliche Entwicklungen (z. B. Langzeitarbeitslosigkeit, familiärer Wandel, Migration, Wandel kommunaler Wohnstrategien) wie ein Dominoeffekt wirken – sie reißen alles so mit sich, dass aus kumulierten Problemen Handlungsnotwendigkeit erwächst. Die Betroffenen werden dauerhaft Transferempfänger, ihre Wohngebiete gemieden, Selbsthilfekräfte erlahmen und Quartiersarbeit schrumpft zur Feigenblattpolitik. Schulstandorte trocknen aus. Teufelskreise wirken, wachstumsschwache Regionen werden noch schwächer.

Umgekehrt müssen staatliche Maßnahmen, deren Institutionenpolitik vom Jugendamt bis zur Schulausstattung, Wohn- und Verkehrspolitik Hand in Hand erfolgen, um wirksam zu sein. Idealtypisch verdichtet sich der Nahraum zu einem gesellschaftspolitischen Laboratorium, allerdings nicht mehr mit den traditionellen Hierarchien und Zuständigkeiten des „top-down“ (Frey^{vi}). Auch hier wirkt ein Paradoxon. Je mehr Führung in komplexen Problemstellungen gefragt ist, umso weniger kann sie in alten Formen durch „starke Personen“, Durchregieren, Anweisungen, Eindeutigkeiten, Gefolgschaft, Haushaltshoheit oder „Verfügungsgewalt“ erfolgen

Was für die globalen Klimazusammenhänge gilt, wirkt auch bei der lokalen Kohäsion, dem Zusammenhalt und Zusammenspiel aller Gruppen im Quartier.

Einige argumentieren historisch („...weil es früher so war“), rational („die Fakten belegen, dass...“), politisch („die Mehrheit denkt...“), pädagogisch („die Leistungsfähigkeit der einen...“) oder pragmatisch („was geht, sollte einfach gemacht werden“). Andere argumentieren langfristig-nachhaltig oder erwarten das Verständnis der Anderen und die Duldsamkeit Dritter („die Natur oder die Gläubiger können ein wenig warten“). In der Debatte der Einzelnen spiegeln sich gesellschaftliche Interessen und Unterschiede.

Während sich die Menschen im lokalen Raum von der traditionellen Politik abwenden (vgl. Wahlbeteiligung, Parteienmitgliedschaft, Vertrauen in Politiker), sind ihre gruppenspezifischen Argumentationen und Interessen viel politisch positionierter als je zuvor.

(3) In Sozialräume und Milieus

Einige Quartiere können 2.000, andere 60.000 Bewohner/innen haben. Da mögen lange Definitionen herangezogen oder der Begriff „sinnlich und historisch gewachsener Räume“ strapaziert werden, um völlig unterschiedliche Quartiere zu begründen, nur hilft dies unter modernen Gesellschaftsbedingungen nicht weiter.

Nachbarschaften haben in einer postmodernen Welt eine doppelte Bedeutung – sie sind die umbaute Quartiersumgebung und sie sind das ähnlich denkende und handelnde Umfeld, die Gemeinschaft (community), die so „tickt“ wie ich.

Nachbarn sind einerseits topografisch Wohnbezirks-/Quartiers-/Kiez oder Grätzlnachbarn und andererseits topologisch wie in der Mathematik Zugehörige gleicher Ordnung und Struktur („geistige Nachbarn“).

Es sind die Räume, in denen sich gruppenbezogene Lebensstile formieren, äußern und in Kontakt treten in einer Art Milieupermanenz. Wo Raumgrenzen im urbanen Raum diffus bleiben, wird ein Quartiers- und Milieubewusstsein und damit ein Quellelement von Bürgerengagement erschwert.

Die Neigung von Trägern, z.B. ihre Schulsozialarbeiter trügerspezifisch zusammenzuführen, sollte in sozialräumliche Kooperationen umgewandelt werden, dann wäre diese näher am Engagementumfeld.

Der Wunsch ist groß, in überschaubare Räume zu gehen. Bürgerengagement und Stadtbau, demografischer Wandel und Stadtteilbudgets, bürgernahe Sozialpolitik und Mobilisierung der Mieternachbarschaft fokussiert nahezu alle Dimensionen an einem konkreten, vermeintlich fussläufigen, überschaubaren Ort. Moderne Dienstleistungstechniken erlauben die Illusion, diese Dimensionen bündeln zu können: Informationen, Wohnen, Arbeiten – alles so nahe wie möglich. Auch die Integration von Migranten scheint nachbarschaftlich leichter zu erfolgen als auf rechtlich-normativ-abstrakter Ebene. Der Bedarf haushaltsbezogener Einfachhilfen im Alter erscheinen in aktiver Nachbarschaft leichter zu befriedigen und der Wunsch nach Verbleib in der eigenen Wohnung legt den Quartiersansatz auch nahe.

Historisch unterschiedliche Bilder vermischen sich beim Quartier: die Arbeitersiedlungen der 1920er-Jahre mit der gemeinsamen Wäschestange oder der gemeinsamen Sorge, ob die Kumpels unter Tage gesund zurückkommen; die Wohngemeinschaftsbewegung und Campus-Atmosphären mit niedrigschwelligen Kontakten und solidarischen Tauschgeschäften, wie die Betreuung anderer Kinder in den Jugendstilquartieren der Innenstadt; der Stadtteil, der zur Schlafstadt mutierte, in den zwar viele zugezogen sind aber alle noch die Marktplatzkneipe schätzen und schließlich die dörfliche Gemeinschaft mit Fahrgemeinschaften und gegenseitigen Gartenhilfen. 1884 wurden mit der Toynbee-Hall in London und dann vor allem mit der Settlement-Bewegung in den USA und später den Nachbarschaftshäusern in Berlin das Gemeinschaftselement aufgegriffen und zur Stadtsozialpolitik gemacht. Community Development, religiöser oder politischer, amerikanischer oder holländischer Prägung, entstand in der Nachkriegszeit.

Hoffnungen der Sozialarbeit haben sich an solche Quartiere gehängt. Deren Milieu wurde als Quelle solidarischen Handelns identifiziert. Für das Bürgerengagement ist dieser Diskurs bedeutungsvoll. Er zeigt, wie sehr bürgerschaftliches Engagement kontextgebunden ist. Es

J:\landesnetzwerk\Tagungen\2010\Kraftquelle Bürgerengagement\Referenten\Hummel-Sozialraum- Artikel 2010.doc

kann an bestimmten Orten und unter dort geltenden Normen erwachsen oder ersticken. Die Milieus haben sich quasi aus den lebensbestimmenden Wohn- oder Arbeitsquartieren heraus entwickelt. Heute ist es eher so, dass bestimmte Gruppen ihr Milieu einem Stadtteilquartier „überziehen“, seien es Studenten, die Innenstädte „kippen“ oder deutsch-türkisch dominierte Quartiere, in denen ethnische und Milieumuster sich überlagern und Nachbarschaft identisch mit Community ist.

Milieus sind unmittelbare Schnittstellen zum Bürgerengagement. Die Vergewisserung eines eigenen Lebensstiles braucht den Weg über öffentliches Handeln, Konsumieren, Wohnen etc. Sie braucht eine Bühne und Performanz auch jenseits der Schul- oder Arbeitswelt. Wichtige Teile des Bürgerengagements sind geradezu Schaufenster bestimmter Milieus. Im Umkehrschluss heißt dies für die Quartiersentwicklung, dass ein Verschwinden klarer Milieupräferenzen auch die Formen des Bürgerengagements in solchen Stadtteilen „uneindeutiger“ macht, individueller, zersplitterter.

Es entstehen dort, wo wir „früher“ von Vielfalt, Durchmischung oder Nebeneinander im Quartier gesprochen haben, Schnittstellen der verschiedenen Dimensionen von Nachbarschaft.

Im Bild gesprochen: Die Sozialräume sind wie geografische Einheiten an der Erdoberfläche, unter denen die Milieus als „tektonische Kontinentalplatten“ schieben und wandern. Wo sie zu viel Spannung an ihren Schnittstellen aufbauen, brechen sie auf oder schieben sich quasi nach oben oder unten weg, mit der Folge, dass sich Sozialräume neu formieren.

(4) Nachbarschaftsarbeit und Stadtentwicklung

Es geht in moderner hilfreicher Nachbarschaftsarbeit darum, Menschen und Gruppen in der Stadt zu unterstützen, damit sie selbst an den Schnittstellen ihrer eigenen Lebensmilieus und Differenzen zu anderen aktiv, prosozial und handlungsfähig werden. Kleine Alltagssorgen im Quartier müssen kein Gegensatz zu den großen Strategiefragen sein – entscheidend sind die Handlungschance und selbstbestimmte Handlungsfähigkeit im öffentlichen Raum. Unbearbeitete Differenzen und unterschiedslose Dienstleistungen können Handlungschancen eher blockieren.

Große Sanierungsprogramme können folgenlos sein, wenn nicht viele Menschen mit dem „Herzen“ erreicht werden. Die Menschen müssen aus ihrer privaten Haut ein Stück weit heraustreten, ohne Mitläufer zu sein. Die bekannten Muster der Skandalisierung, der Zuspitzung misslicher Vorgänge im Quartier oder der Lebenslage Benachteiligter machen das Mittel zum Zweck (Skandalisierung). Es geht aber darum, diese Vorgänge und Lebenslagen zur eigenen Sache zu machen und das Engagiertsein als einen Ausdruck dessen zu nehmen, dass es auf gesellschaftliche Lagen nur gesellschaftliche Antworten geben kann.

Die Prinzipien der Selbstermächtigung und Selbstorganisation führen in der Stadtentwicklung (freilich) zu erheblichen Koordinationsproblemen.

Bürgerengagement lebt aus erlebten, gestaltbaren Differenzen und dem produktiven Versuch, den Anteil Eigensinn und Individualität darin zu erkennen, das Gemeinsame in aktiven Grenzverletzungen, Aktionen und vielfältigsten Kooperationen auszuloten. Je weniger wirksam große Familien und Institutionen uns ihre Normen vorgeben, desto mehr hat jeder sein Alter, sein Alleinsein, seine Religionszugehörigkeit, sein Hobby, seine Neigungen auf der Bühne der Gesellschaft selbst zu verteidigen. In der Regel geschieht dies mit Brauchtumpflege der neuen Art: Frauen, Senioren oder Mitglieder bestimmter Glaubensrichtungen tun

J:\landesnetzwerk\Tagungen\2010\Kraftquelle Bürgerengagement\Referenten\Hummel-Sozialraum- Artikel 2010.doc

sich verstärkt zusammen. Es kommt darauf an, in der Öffnung dieser Milieus die allseitige Wertschätzung zu erhöhen. Seniorenclubs kochen für Wärmestuben, Motorradfahrervereine gestalten eine Behindertenausfahrt, Umweltgruppen kooperieren mit Managern. Differenzenerfahrungen werden zu Reibungspunkten bei jenen Bürgern führen, die an ihrer „Sozialordnung“ hängen. Selbst die Institutionen im Quartier tun sich schwer mit „Zuständigkeitsüberschreitungen“ und haben zahlreiche Rechtfertigungen dafür: Die Fördervorschriften ihrer Zuschüsse erlaubten es nicht, die Professionen hätten dies nicht gelernt, die Haftungsfragen seien ungeklärt, die eigene Klientel werde „überfremdet“.

Im öffentlichen Diskurs gelten Eindeutigkeiten, Sicherheiten, Ausschließlichkeiten, Richtlinien usw. Nun ist aber weder jeder Deutschtürke hedonistisch oder arbeitslos, noch wird jedes Großelternpaar in der eigenen Familie versorgt, weder hat jeder Sponsor immer ganz begriffen, was er fördert, noch klären Versicherungen die wirklichen Risiken. Nicht alle Migranten müssen integriert werden und umgekehrt sind wahrlich nicht alle deutschen Senioren integriert. Differenz und Integrationsbedarf ergibt sich nicht exklusiv für bestimmte Menschen, sondern gehört als ein Element zur Modernität unserer Lebensformen, betrifft also im unterschiedlichen Maß jeden. Dieser soziale Prozess des Wandels wird nicht zum Stillstand kommen. Ulrich Beck fordert deshalb eine „reflexive Moderne“. Die Institutionen – nicht nur die Individuen (!) - sollen lernen, wie mit Unsicherheit, Ungewissheit, Ambivalenz umzugehen ist (vgl. Beck/Lau^{vii}). Integration im Sinne der Kohäsion (so der EU-empirische Terminus) ist nicht automatisch Bestandteil der Nachbarschaft, sondern ist zu erarbeiten, ist Aufgabe und Herausforderung jeder Art von Nachbarschaft.

Die Veränderungsanforderung gilt für die Stadtplanung und Entwicklung selbst. Da formalisierte Beteiligungsverfahren nicht weitergebracht haben, braucht es Arrangements von „Kommunikations- und Kohabitationsprozessen unterschiedlicher Beteiligter“ (Strachwitz^{viii}/vgl. Selle^{ix}).

Stadtentwicklung wird sich noch weiter weg von der Bauerschließung und Wohnbebauung hin zu einer stadtesellschaftlichen Entwicklungsarbeit bewegen. Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung dürfen in der Stadtentwicklung kein Mittel zum Zweck der Baurealisierung sein, sondern sie sind selbst ein Stück des Zieles, dem die Stadtentwicklung zu dienen hat: Menschen Raum zu bieten, in dem sie sich engagieren wollen, und Chancen und Anlässe für ein solches Engagement zu schaffen. Es gilt, Quartiere so zu definieren, dass sie in Abwägung ökonomischer und zivilgesellschaftlicher Sachzwänge einen Aufforderungscharakter haben und einen Handlungsspielraum für Menschen bieten. Das gilt unter den Bedingungen des demografischen Wandels im Besonderen und für Milieus im Allgemeinen. Diese liegen „unter Tage“ und müssen in ihrer Verschiedenheit „gehoben“ werden. Sie schieben Generationen, Geschlechter, Religionen, Einkommensschichten und Ethnien zusammen und auseinander. An ihren Schnittstellen kann das Bürgerengagement erwachsen, das die Stadtgesellschaft letztlich zusammenhält. Sozialräumliche Arbeit fasst diesen räumlichen und sozialen Aspekt der Nachbarschaft zusammen.

(5) Doppelauftrag und Autonomie in helfender Nachbarschaft

Sozialraumorientierte „Nachbarschaftsarbeit“ rückt den doppelten Auftrag der sozialen und räumlichen Arbeit in den Mittelpunkt und vermeidet damit die Verkürzung des Anspruchs durch Aufteilung der sozialen Arbeit in eine räumlich-funktionale, dienstleistungsorientierte Erbringung von Daseinsvorsorge und eine politisch-sozial-normative, engagementfördernde

Animation und Organisierung von vordergründigen Interessen. Das Dilemma ist dann Dienstleistung und Projekt zu trennen.

In diesem Dilemma sind Wohlfahrtsverbände, Ämter, Bürgerinitiativen und Parteien verfangen und vermögen sich nicht oder nur unter Auflegung neuer Modellprogramme herauszulösen.

In diesem Dilemma stecken offenkundig die Bildungseinrichtungen, weil sie es, wenn überhaupt, nur durch große Anstrengung fertigbekommen, den Nahraum zu „versorgen“ – etwa als Ganztages-Grundschuleinrichtungen – oder durch Sonder-Modell-Privat-Campus-charakter, die soziale Nachbarschaft, die Communities und Milieus gezielt zu erreichen, um den Preis kohäsiven Zusammenhalts und lernfördernder Vielfalt.

Teil der Kindergarten- und Jugendamtsarbeit rutschen in diese Dynamik. Der Markt in der Altenpflege hat dies bei ambulanten Pflegediensten schon länger in Gang gesetzt.

Allzu schnell wird dies mit Kostengründen entschuldigt. Die räumlichen Versorgungsformen werden wegen des Kostendrucks der öffentlichen Hand derart „nüchtern“ und „karg“ ausgestattet und selektiv (z.B. als Beratungsstelle kaum auf Migranten orientiert), dass der Druck auf die sozialen „Tendenzdienstleistungen“ deutlich zunimmt. Diese versuchen ihrerseits fast hilflose Gegensteuerungen, indem sie Quoten und Stipendien schaffen, damit „Andere“ zu stoßen können.

Diese Spaltung in Tausch- und Gebrauchswerte gilt nicht nur für die kaufkraftstärkeren Schichten und ihr Dienstleistungsprofil. Sie gilt auch zwischen Verwaltung und Zielgruppen im prekären Bereich.

Die eindrückliche Studie „what works in community cohesion“^x zeigt an 20 Erfolgskriterien der Arbeit in „Brennpunkten“, dass es genau um die Kommunikation geht, die Verwaltung vermeintlich nicht bringen darf: parteiisch statt neutral, konfliktfreudig statt mediativ, leidenschaftlich statt sachlich, transparent statt taktisch. Selten wird genau dieses Spannungsverhältnis produktiv genutzt, eingesetzt, „ausgehalten“, zur multikomplexen Verwaltungsstrategie gewendet. In der Regel wird diese Verhandlungsaufgabe an einen „freien Träger“ delegiert und verkauft.

Auch Schule erledigt die Zuspitzung ihrer sozialen Probleme durch Spaltung in landesfinanziertes Lehrpersonal und kommunalfinanziertes Sozial- und Betreuungspersonal.

Entlang solcher Spaltungen ist es kein Wunder, wenn Institutionen mit gesellschaftlichen Öffnungs- und Austauschvorgängen „wenig anfangen“ können, weil sie dann bedroht erscheinen. Gelingendes Aufwachsen im Sinne des Kinderjugendhilfegesetzes (KJHG) kann nur mit den Eltern organisiert werden. Ihre Rolle ist aber schnell bei allen Institutionen, von Jugendhilfe bis Schule, eine subordinate, marginale, komplementäre Rolle, um nicht alle anderen Rollen (etwa der Lehrer) in Frage zu stellen.

Entsprechend rufen die Erziehungs- und Bildungsinstitutionen im Nahraum den Echoeffekt hervor, dass Eltern sich vor allem und nur um ihre Kinder, deren Noten und deren individuelles Fortkommen kümmern. Also genau das, was Lehrer befürchten. Die Eltern werden zu Kunden reduziert, statt der Bürgerschaft mit allen ihren Optionen zugeordnet zu werden, die diese entlang der Erziehungs- und Betreuungsschiene hat/haben könnte (vgl. Skizze zu Bürgerengagement „rund um Schule“, Hummel 2010a^{xi}).

Die Institutionen erwehren sich dieser Spaltung durch professionelles Kunden-Beschwerde-management statt durch politische Teilhabe. Eine Minderheit von Eltern und Institutionen gehen den entgegengesetzten Weg selbstverwalteter Einrichtungen mit großem Einsatz (Typ Waldorfschule) und segregierenden Rahmenbedingungen. Das lässt sich im Umwelt-, Ener-

J:\landesnetzwerk\Tagungen\2010\Kraftquelle Bürgerengagement\Referenten\Hummel-Sozialraum- Artikel 2010.doc

gie- und Wohnsektor nachzeichnen. Die praktische Energieteilhabe der Bürgerschaft etwa an Energiekonzernen auf lokaler Ebene ist fast null bzw. auf das Markt-/ Konsumentenverhalten verschoben, bis auf eine selbstorganisierte Minderheit (Typ: Genossenschaftssolaranlage).

Der Doppelauftrag Raum und Soziales erfährt eine Ausweitung in das Marktgeschehen hinein, sowohl realwirtschaftlich (etwa beim Kauf von Dienstleistungen) als auch kommunikationswirtschaftlich (etwa durch Wissens- und Internetzugänge).

Die Kunden wollen anonym kaufen oder surfen sich in andere Wissenswelten. Sie erweitern ihren Raum und ihren Sozialraum um einen Marktraum.

Diese Komplexität erscheint aus Sicht der Anbieter schwierig. Der Kunde kann sich entziehen. Für den endverbrauchenden Bürger ist die Marktsituation allerdings eine gewisse Entscheidung-, Rückzugs- und Wechseloption.

Er kann sich, neben die räumliche und seine soziale Nachbarschaft, eine virtuelle Nachbarschaft generieren. In jedem Fall entstehen „Zwischenräume“. Eine der wenigen gemeindebezogenen Fallstudien zu Mittelstädten in Deutschland und ihrem Bürgerengagement beschreibt denn auch diese Situation als einen „Mix aus Gemeinsinn und Eigennutz“ (Dörner/Vogt^{xii}), eine längst überfällige Beschreibung der Verknüpfung scheinbar widerstrebbender Werte im praktizierten Engagement (vgl. Engagement-Viereck, Hummel 2010b^{xiii}). Bürgerengagement hilft nicht nur am Gemeinwohl und im Eigeninteresse, sondern generiert oft eigene soziale teilautonome Welten.

(6) Lernlandschaften und Nachbarschaft

Zu den zentralen Herausforderungen im Verhältnis von Bund und Kommunen gehört nach der Arbeitsmarktreform nun die Bildungspolitik. Sie kann nur lokal zum Erfolg geführt werden, obwohl die zentralen Steuerungselemente auf Landes- und Bundesebene entschieden werden. Lern- und Bildungslandschaften (Luthe 2009^{xiv}/Hummel 2010^{xv}/Bleckmann 2009^{xvi}) beschreiben die systematische Verknüpfung von Erziehung, Betreuung, Bildung. Lernen und Qualifizierung aller Generationen im lokalen Raum und sie benötigen die Wechselwirkung mit der Stadtentwicklung und Planung sowie unternehmerischem Handeln im Nahbereich.

Für die Nachbarschaftsarbeit kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Wenn es richtig ist, dass räumlich und soziale Nachbarschaft inzwischen um marktförmig, virtuelle Nachbarschaft eine wichtige Ergänzung erfahren hat, dann lassen sich gemeinsame Ziele, Werte und Handlungsräume nicht nur feststellen, sondern durch erhebliche Lernzugewinne herstellen, d.h. die Betroffenen müssen sich für Bildungswege entscheiden.

Selbstbestimmt solche Zugehörigkeiten und Nachbarschaften (z. B. neben der überschaubaren, oft uniformen Familienstruktur) zu steuern, zu verstehen und darauf demokratisch Einfluss zu nehmen, kann nicht mehr tradierten Wissensübernahmen folgen, sondern muss sich an ständig wechselnden Tatsachen orientieren (Markt, Wohnen, Milieus) und erfordert die vielbeschworene Kompetenz zu lernen, wie effektiv gelernt werden kann und wie Zeichen, Symbole und Vorgänge im außerschulischen Raum zu verstehen sind (vgl. Luhmann bei Dabrock^{xvii}).

Erschwerend kommt das Tempo der sozialen Modernisierung hinzu. Während zwischen „1968“ und 2000 milieuübergreifend die Haltung wuchs, den eigenen Kindern gegenüber großzügiger und zugewandter zu sein als in der eigenen Biografie erfahren, erleben nun viele Milieugruppen (nicht nur die bildungsfernen!), dass es anderer Anstrengungen bedarf als J:\landesnetzwerk\Tagungen\2010\Kraftquelle Bürgerengagement\Referenten\Hummel-Sozialraum- Artikel 2010.doc

„nur erfolgreich zu lernen“ im Sinne der Noten eines dreigliedrigen Schulsystems (Liebenwein^{xviii}).

Auch in der Weiterbildung setzen die zentrifugalen Bewegungen ein (Tippelt/Barz^{xix}). Der „VHS-Kurs“ taugt nicht mehr für alles Mögliche und die modernen Milieus „meiden ihn“. Je mehr die ganzen Erziehungs- und Bildungssysteme ins Trudeln geraten (Typ G8-Reform, Vorschulerziehungsdebatte), desto restriktiver fallen die Erziehungsstile je Milieu aus und die Nicht-Passung zwischen Elternhäusern und Schulwegen wird immer unübersehbarer (Grundmann u.a.^{xx}). „Eine (bildungspolitische) Kompensation (hier der Defizite bestimmter Elternhäuser), die lediglich in den Bildungsinstitutionen selbst ansetzt, kann notwendig nur eine begrenzte Reichweite haben“ (vgl. Grundmann^{xxi} u.a.).

Falsch wäre nun, die Schule übergriffig etwa so auszustatten, dass sie selbst in Elternhäusern interviewt oder Ganztageseschulen zu Umerziehungseinrichtungen machte. Falsch vor allem deshalb, weil die Schule selbst selektiv wirkt und zuerst diese Hausaufgabe erledigen muss. Und falsch auch deshalb, weil es diesen Elternhäusern an Optionen im sozialen Raum an Netzwerken, an Nachbarschaft(en) fehlt.

Genau diese Nachbarschaftselemente werden zu zentralen Erfolgsfaktoren der gesamten aktuellen Bildungsreformdebatte. Schulreform braucht sozialräumliche Netzwerk- und Familienhilfearbeit.

Wer dieser „Kognitiven Kompetenz“ (Grundmann^{xxii} u.a.), präventiven Eltern-Kind-Verstehensarbeit (Liebenwein^{xxiii}) und Handlungsbefähigung (Otto^{xxiv}) nicht den Raum in zeitgemäßer hilfreicher Nachbarschaft einräumt und gestaltet, versäumt die Bedeutung der Nachbarschaft für die gesellschaftlich gerechte Bewältigung der Zukunft.

Nachbarschaftsarbeit bedeutet im Konzept der Lernlandschaften das Gewicht elterlicher, zivilgesellschaftlicher Akteure zu erhöhen, den Stellenwert informellen und non-formalen Lernens zu verbessern und die Netzwerkchancen von Kindern und Eltern zu verbreitern.

(7) Aspekte, Folgen und Ambivalenzen dezentraler Entwicklungen

Die Richtung problemlösender globaler Strategien zielt gleichzeitig auf globales Krisenmanagement und immer dezentralere, lokale Strukturen.

Dort endet die Debatte in der Regel mit Apellen der Zusammenarbeit und die Einbeziehung aller Akteure. Auf lokaler Ebene sollen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft miteinander kooperieren im trisektoralen „Metalog“/Dialog.

Von der globalen Ebene hinunter über die Stadtteile und Quartiere wird der Bürger letztlich selbst angesprochen. Als Einzelner, der unterschiedliche Rolleninteressen in sich trägt, sowohl ein Stück Arbeitgeber (Aktionär/Hausbesitzer) als auch Arbeitnehmer/Rentner etc. ist, privat wie öffentlich, Steuergeber wie Steuernutznieser oder auch bezahlter wie unentgeltlicher Freiwilliger soll er vernünftig handeln.

Was in den verfassungsrechtlichen Dezentralisierungsprozessen als Bedenken zu Papier gebracht wird, gilt letztlich bis hin zum Individuum (Kühnlein^{xxv}). Ob der Einzelne über Qualitäten verfügt, Ungleichheiten der Sektoren verhindert, zu Verbindlichkeit trotz Freiwilligkeit bereit ist – alle diese besorgten Überlegungen, die beim Nachlassen zentraler staatlicher Steuerung auftreten, gelten für den Einzelnen und machen deutlich, wie viel psychosozialer Druck, wie viel Anforderung auf den inneren, intrinsischen Steuerungen des Individuums in „Reformgesellschaften“ lastet.

J:\landesnetzwerk\Tagungen\2010\Kraftquelle Bürgerengagement\Referenten\Hummel-Sozialraum- Artikel 2010.doc

Der einzelne Bürger muss abwägen, wie er nachhaltig und ausgewogen investiert, konsumiert und handelt. Er entscheidet nach vielerlei Abwägungen und Motiven und nicht nur nach den ökonomischen Motiven der Kostenminimierung (homo oeconomicus) oder einzelnen Motiven von Macht, Zugehörigkeit, Tradition oder psychischen Zwängen. Der Bürger muss entscheiden, abwägen und (!) handeln.

Je mehr Vorgänge von der Ausbildung (Ausbildungswege) bis zur Rente („Riesterrente“), vom Sozialverhalten bis zum Gesundheitsverhalten und Lebensstil zur Disposition stehen, desto wichtiger sind die Kriterien der Entscheidung. Entscheidungsmechanismen, Werthaltungen, Informationsgrundlagen, Vertrauen in jene Instanzen, die die Wechselwirkungen überhaupt noch überblicken können. Die Kehrseite der aktiven lebensweltlichen Teilhabe der Bürger ist die Entscheidungsnot, die Lebenschancen überhaupt im Widerstreit der Optionen und Alternativen nutzen zu können.

„Die Stadtpolitik hat ihre Eingriffe bis auf die Intimbereiche der Gesellschaft ausgeweitet: Informelle soziale Netze, urbane Milieus, Lebens-, Denk- und Verhaltensweisen... Ein Prozess der Vergesellschaftung...“, nennt es Walter Siebel^{xxvi}.

Der Prozess der Vergesellschaftung korrespondiert damit, dass vermeintlich objektive Kriterien dessen, was gut ist für den Patienten, das Kind oder den Klienten, nicht mehr objektiv klar sind.

Wenn das „Kindeswohl“ nicht mehr eindeutig, milieuübergreifend und objektiv klar ist und mit dem „Kindeswillen“ in Einklang gebracht werden muss, was letztlich subjektiv ist, bleibt nur noch das Modell des Aushandelns (Oelkers u.a.^{xxvii}) – und das auf allen Ebenen des Alltags und erst recht ständig dort, wo die öffentliche Hand in das private Leben der Anderen (in der Regel transferabhängiger, bildungsferner Menschen) eingreifen muss.

Es ist zur gängigen Forderung geworden, dass an dieser Schnittstelle das Fördern und Fordern greifen soll, d.h. die Betroffenen sind zum Mitagieren auf dieser Ebene zu befähigen und zu qualifizieren. Letztlich ist es die Befähigung, „trotz alledem“ produktiv, prosozial zu handeln. „Die Ambivalenzen... widerlegen nicht die Notwendigkeit solcher Politik“ (Siebel^{xxviii}). Allzu leicht wird übersehen, dass dieses Postulat auch beinhalten muss, dass die Betroffenen ihre Wahl auch anders fällen können oder verlangen können, dass die andere Seite (der öffentlichen Hand, Institutionen und Träger) sich ebenfalls ändern, öffnen, qualifizieren soll. Der Wandel der Institutionen steht viel zu wenig im Mittelpunkt der Modernisierungsdebatte.

Diese Entwicklung neuer Nachbarschaftlichkeit ist nicht nur eine andere Art das gleiche Geschäft zu betreiben. Es verändert die Spielregeln des Zusammenwirkens. Es ändert nicht nur Produktionsprozesse und -verfahren, sondern auch Produkte und Ergebnisse.

Es verschärft den Druck, den Anforderungen von Institutionen wie Kita, Schule oder Behörde Stand zu halten und die eigene Persönlichkeit, kognitive und kreative Fähigkeiten zu entfalten (Grundmann u.a.^{xxix}) und das Nichtwissen auszunutzen, um das Entscheiden zu lernen (vgl. Luhmann bei Dabrock^{xxx}).

Schon allein deshalb ist nichts gewonnen, wenn aus den jetzigen Schulen nur eine über den ganzen Tag verteilte (gleiche) Schule wird oder aus der bisherigen politischen Teilhabe in Form von Stadträten, Beiräten und Personalräten nur noch mehr Räte werden. Das, was dort verteilt, entschieden, angeboten oder organisiert wird, bedarf selbst integrierter Überprüfung. Erziehung, Wissen, Bildung und Jugendförderung müssen ebenso zusammen gedacht werden, wie es „Paketlösungen“ von Wohnen, Arbeit, Integration etc. geben muss. In vielen Fällen herrschen dort völlig irrelevante Marktbilder konkurrenzierender Anbieter, die eigentlich zusammenarbeiten müssten.

J:\landesnetzwerk\Tagungen\2010\Kraftquelle Bürgerengagement\Referenten\Hummel-Sozialraum- Artikel 2010.doc

Es liegt auf der Hand, dass die Kooperationsbereitschaft und Fähigkeit einiger Anbieter, Träger oder Behörden weit über das hinausgehen muss, was bisher als „Vernetzung“ galt. Die sozialerzieherischen Leistungen des Staates werden weit unter ihren Möglichkeiten eingesetzt, wenn sie ohne zielführendes Fallmanagement nur als Angebot daher kommen.

Dann verstärken sie diejenigen Gruppen, die sich im Markt die Angebote herauspicken, was ihnen vermeintlich hilft, aber nicht den Gruppen, die es brauchen.

Da es ein Zurück zu obrigkeitstaatlicher Fürsorgeplanung nicht geben kann, bleibt nur der Weg sowohl die Nachfrager (z.B. betroffene Elterngruppen) zu stärken als auch die Angebote zielgruppengenaue zu differenzieren und als Gesamtpakete (leben, wohnen, lernen) zusammenzustellen. Das setzt mehr Wissen über die Zielgruppen und mehr Strategien der Handlungsbefähigung voraus.

Das erfordert, dass sozialräumliche Arbeit entlang der Kooperationsfähigkeit und Öffnung von Institutionen erfolgen muss. So können „Lernlandschaften“ bzw. „Sozialregionen“ entstehen, in denen unterschiedliche Institutionen nach ähnlichen Regeln funktionieren, Symbole und Zeichen verstehen, schnell reagieren, ihre Anerkennungskultur abstimmen und für große Transparenz bei der Messung ihrer Zielerreichungen sorgen.

Teilhabe im Sozialraum ist dann nicht nur „mitreden“, sondern wird zum Subjekt und Ziel institutioneller Arbeit.

(8) Integrierte Nachbarschaft als Steuerungsfrage

Von außen betrachtet ist schnell Kritik zu üben, sozialräumliche Arbeit „erschöpfe sich in Beziehungsarbeit“ (Heiner bei Lüders^{xxx1}) oder in Zuständigkeiten bzw. reduziere den Auftrag zu qualifizieren und zu bilden leichtfertig auf die Schaffung von Sozialkapital (Andresen u.a.^{xxx2}). In der Tat ist ein Arbeitsansatz sehr schwer integriert und balanciert zu halten, der den Eigenwert und emanzipativen Gehalt von Bildung gleichermaßen mit sichert und Beziehungsarbeit erfolgreich in Strukturen der urban governance, der zielorientierten Zusammenarbeit aller Akteure einbettet.

Lüders formuliert die hohen Ansprüche und zeigt selbst im Schlusssatz die Konsequenzen:

„...Deutlich erfolgreicher sind diese Ansätze – und das belegen alle Erfahrungen aus dem europäischen Ausland – allerdings in einem politischen Umfeld, das auf die verbindliche Einbindung aller zu beteiligenden Akteure vor Ort setzt und als die zentralen Handlungsmodi Verhandlung und Koordination auf der Basis gemeinsamer Problemdefinitionen anerkennt. Damit einher geht allerdings die Ausweitung der Sphäre des Politischen in die Stadtgesellschaft mit all den damit verbundenen Implikationen in Bezug auf Beteiligung und Teilhabe.

Mit anderen Worten: Für die Verwaltung wird das Leben nicht einfacher.“

Das Leben wird für die Verwaltung nicht einfacher, ebenso wie für den Bürger (s.o.) und beteiligte Unternehmen. Noch ist corporate governance und corporate social responsibility (CSR) nicht die Regel (Hummel 2010c^{xxx3}) und wir tun gut daran, dass für alle Sektoren und Ebenen gilt, was Nowak schlicht die Notwendigkeit „positive interaction promote public corporation“ nennt.

Mit Sanktionen, Misstrauen, Belehrungen von oben und Gesetzen ist für diesen Qualitätssprung von Kooperation und governance nichts gewonnen. Sogar die klassischen Prinzipien der Gewaltenteilung und Herrschaftskontrolle sind allein nur begrenzt geeignet, neue „urban governance“ zu stützen.

Dieses stellt eine der größten Herausforderungen sozialräumlicher Arbeit dar, ein politisches Steuerungsgeflecht zu begründen, das den integrierten Ansatz sichert und dennoch bewältigbar und positiv bleibt. Es reicht der formale Akt von Zielvereinbarungen und Haushaltskontrollen in keinem Fall, ebenso wenig die qualifizierte Selbststeuerung. Es wird Formen der geregelten Teilhabe der Betroffenen auch im Sinne kooperativer Mitverantwortung brauchen, wie Gremien, die nicht nur innerfachlich besetzt sind und Zukunftsfragen stellen können.

Das Geflecht an Steuerung hat eine funktionale Dimension. Es verknüpft die praktische Arbeit mit der legitimatorischen Arbeit (Entscheiderstrukturen) und Formen des Wertediskurses (Einstellungsmuster, Milieus) und braucht dafür Institutionen und Rollen. Offensichtlich fehlen uns für die Sprachbefähigung bestimmter Gruppen der Stadt (auch neuer Milieus) oder der Vermittlung nicht mehr selbstverständlicher Zukunftsinvestitionen „Übersetzer“ zwischen Feld und Verwaltung (Stein^{xxxiv}). Statt jedes Mal neue Stabsstellen und Projekte zu begründen, sollte es „lernende Strukturen“ geben. Nachbarschaftsarbeit kann dafür einen Resonanzboden bieten.

Die hohen Ansprüche der nationalen Stadtentwicklungspolitik (NEP) in der Leipzig-Charta formulieren zu Recht, welche Akteursgruppen, Daten und Verfahren mit hinein genommen werden, damit anspruchsvolle Methoden vorliegen, die der diversen und komplexen Wirklichkeit europäischer Stadtgesellschaften gerecht werden. Soweit so gut – nur bedürfen solche Appelle und Konstrukte der politischen Akzeptanz, der ethischen Fundierung und bewältigbaren Praxis. Es wird ohne Aushandlungsprozesse nicht mehr gehen und diese brauchen sozialräumliche Konstruktionen, in denen alles „Gedachte und Beschlossene“ auch gelebt, verändert und gestaltet wird. Auch gesellschaftliche Praxis braucht ihren systematischen Rahmen und ihren Eigensinn, um dem politischen Überbau handelnd und streitend ein Gegenüber zu sein. Hilfreiche Nachbarschaft sichert den „Mix aus Eigensinn und Gemeinsinn“, der auch durch beste Planung allein nicht entstehen kann.

Anhang Milieus und Nachbarschaften

Moderne Performer und Experimentalisten und ihr Sozialer Raum

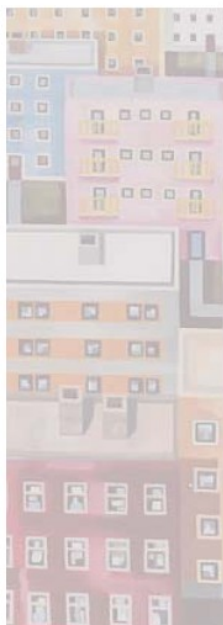
Weitverzweigter Beziehungsraum:
Die unmittelbare **Nachbarschaft** spielt
eine **kleine Rolle**; wichtiger ist das
Stadtviertel als solches.



Räumlich **weit gestreuter**
Bekanntens- und Freundeskreis:
Via E-Mail, Telefon wird Kontakt
gehalten. Räumliche Nähe spielt
eine untergeordnete Rolle; viele
qualitativ **hochwertige**
Freundschaften sind
räumlich weit entfernt.

SINUS SOCIOVISION

Performer und Experimentalisten und ihr Verhältnis zur Nachbarschaft



- Gewollte Anonymität: Nachbarschaft spielt keine Rolle, wobei sich Nachbarschaft auf die Hausgemeinschaft bezieht. Austausch von Belanglosigkeiten bei Begegnung im Hausflur, ansonsten eher Abschottungstendenz
- Das Viertel besitzt eine entscheidende Bedeutung: Belebte Kneipen und Bars, kleine Szene-Geschäfte und "inhabergeführte" Lebensmittelgeschäfte prägen das multikulturelle Stadtbild
- Attraktiv sind Viertel mit Altbaubestand; Vorliebe für teilsanierte Wohnungen, die deutlich günstiger und individueller sind
- Wunsch nach einem möglichst gemischten, bunten Publikum; Gleichförmigkeit – bezogen auf Wohnhäuser aber auch auf die Menschen, die dort leben – bedeutet Langeweile

SINUS SOCIOVISION

Moderne Performer und Experimentalisten und ihre ideale Nachbarschaft

Privatsphäre muss gewahrt bleiben: enger Kontakt zu Nachbarn ist nicht erwünscht

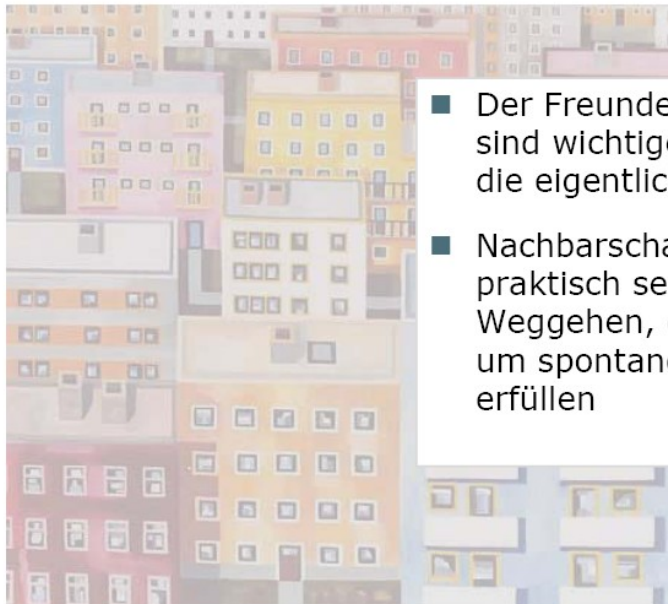
Die ganze Welt in meinem Viertel: Leben, Unterhaltung, Inspiration, Abwechslung, Ablenkung



Bunt gemischtes Umfeld: verschiedene Generationen und Kulturen in der Nachbarschaft sind willkommen

SINUS SOCIOVISION

Konsum-Materialisten und Hedonisten und ihr Verhältnis zur Nachbarschaft



- Der Freundeskreis, die Peergroup sind wichtigere Bezugselemente als die eigentliche Nachbarschaft
- Nachbarschaft muss vor allem praktisch sein: Möglichkeiten zum Weggehen, die "Tanke" um die Ecke, um spontane Konsumwünsche zu erfüllen

Konsum-Materialisten und Hedonisten und ihre ideale Nachbarschaft

Sehnsucht nach Zusammenhalt und Geborgenheit: Gleichgesinnte, Freundschaften, gegenseitige Unterstützung

Sowohl Rückzug als auch Unterhaltung: Ruhe und Entspannung; Nachtleben, Ausgehen mit Freunden

Ernüchterung und Pragmatismus: Gute Verkehrsanbindung/ Infrastruktur; kurze Anfahrt zur Arbeitsstelle; Erreichbarkeit von Einkaufsstätten und Ärzten

SINUS SOCIOVISION

Konsum-Materialisten und Hedonisten und ihr Engagement in der Nachbarschaft

Motive/Wünsche

- Freude am Engagement - ohne Entgelt - ist bei wenigen gegeben. Was zählt, ist Hilfe zur Selbsthilfe. Engagement ohne erkennbaren Selbstzweck wird skeptisch betrachtet und weckt Misstrauen (welcher verborgene Zweck liegt dahinter).
- Engagement für die Familie, wenn das eigene Leben direkt beeinflusst wird, nicht aber für das Quartier.

Beispiele

- Eltern bauen einen Spielplatz für den Kindergarten, da die finanziellen Mittel für die baulichen Maßnahmen nicht ausreichen.
- Leipzig, Grünau: Hier gibt es verschiedene Vereine um Grünau vor "dem Untergang" zu retten.

Konsum-Materialisten und auch Hedonisten können sich nur schwer vorstellen, dass sich jemand aus reinem "Gutmenschentum" für andere einsetzt. Sie haben oft schlechte Erfahrungen gemacht.

SINUS SOCIOVISION

Die Bürgerliche Mitte und ihr Sozialer Raum

Seltener werden Beziehungen über weite Distanzen gepflegt, sie werden mit den Jahren flüchtig



Die Qualität von Beziehungen hängt mit **räumlicher Nähe zusammen**: "Aus Nachbarn werden Freunde"

SINUS SOCIOVISION

Die Bürgerliche Mitte und ihr Verhältnis zur Nachbarschaft



- Gelebte Nachbarschaftlichkeit: Geben und Nehmen, aufeinander achten, regelmäßiger Austausch, gegenseitige Einladungen, Hoffeste, Schwätzchen über den Gartenzaun
- Nachbarschaft hat hohen Stellenwert und bestimmt den Wohlfühlfaktor entscheidend: Umzug bei inakzeptablem Umfeld; Sicherheit der eigenen Person und der Kinder geht vor: "Gated Area"
- Aktive Nachbarschaftshilfe: Hilfe und Unterstützung aber mit dem nötigen Abstand und unter Wahrung der Privatsphäre
- Anonymität beginnt erst um die nächste Straßenecke

SINUS SOCIOVISION

Die Bürgerliche Mitte und ihre ideale Nachbarschaft

Miteinander/Gemeinschaft:

Gegenseitiges Kennen,
nachbarschaftliche
Freundschaften

Nachbarschaft hat hohen Stellenwert und bestimmt den Wohlfühlfaktor entscheidend

Distanz zum ethnisch, politisch oder sozial "Anderen":

Umzug bei inakzeptablem Umfeld, "Gleichgesinnte" sollen die gefühlte Mehrheit bilden



Gelebte Nachbarschaftlichkeit:

aufeinander achten, regelmäßiger Austausch
- **Aktive Nachbarschaftshilfe: Geben und Nehmen**, "Wie Du mir, so ich Dir"

SINUS SOCIOVISION

- ⁱ Michael Walzer (1992): Die Sozialisierung des Wohlfahrtsstaates als Zukunftsperspektive der Wohlfahrt, in: Hummel, Konrad (1995): Bürgerengagement, Freiburg, Seite 42 ff.
- ⁱⁱ Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden
- ⁱⁱⁱ ebenda
- ^{iv} Dieter Grunow (2010): Kommunalisierung der Sozialpolitik: Theoretische Grundlagen und Herausforderungen, in: Heinz-Jürgen Dahme/ Norbert Wohlfahrt [Hrsg.]: Regiert das Lokale das Soziale? Die Kommunalisierung und Dezentralisierung sozialer Dienste als sozialpolitische Reformstrategie, Baltmannsweiler
- ^v Europäische Union (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, Stand: 20.05.2010, elektronisch veröffentlicht unter: http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Mai/0524-AN/075Dokument-LeipzigCharta.pdf
- ^{vi} Oliver Frey (2009); Die amalgame Stadt: Orte. Netze. Milieus, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- ^{vii} Ulrich Beck/ Christoph Lau (2004): Entgrenzung und Entscheidung, Frankfurt/Main
- ^{viii} Rupert Graf Strachwitz (2010): Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung, S. 293, in: Rupert Graf Strachwitz [Hrsg.] (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, Stuttgart, S. 279ff.
- ^{ix} Klaus Selle u.a. (2010): Engagement im Quartier und kommunale Bürgerorientierung: Realitäten, Potenziale, Impulse. Dokumentation eines Verständigungsprozesses, vhw-Schriftenreihe 2, Berlin
- ^x „Department for Communities and Local Government (2007): what works in community cohesion“, London; deutsche Kurzfassung: Konrad Hummel (2009): Erfolgskriterien für den Zusammenhalt unserer Städte, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 2/09, vhw e. V., Berlin, Seiten 130ff.
- ^{xi} Konrad Hummel (2010a): Auf dem Weg zu Lernlandschaften – Stichworte zu einem politischen Topthema, unveröffentlichtes Skript, Berlin
- ^{xii} Andreas Dörner/ Ludgera Vogt (2008): Das Geflecht aktiver Bürger. ‚Kohlen‘ – eine Stadtstudie zur Zivilgesellschaft im Ruhrgebiet, Wiesbaden
- ^{xiii} Konrad Hummel (2010b): Stadtentwicklung und Perspektiven der Bürgergesellschaft, Präsentation, Berlin
- ^{xiv} Ernst-Wilhelm Luthe (2009): Kommunale Bildungslandschaften – Bildung als Integrationswert der örtlichen Gemeinschaft. In: DL – Der Landkreis 12/2009,“, S. 613ff.
- ^{xv} Konrad Hummel (2010a)
- ^{xvi} Peter Bleckmann/ Anja Durdel [Hrsg.] (2009): Lokale Bildungslandschaften: Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen, Wiesbaden
- ^{xvii} Peter Dabrock (2010): Befähigungsgerechtigkeit als Ermöglichung gesellschaftlicher Inklusion, in: Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden, S. 17ff.
- ^{xviii} Sylvia Liebenwein (2008): Erziehung und soziale Milieus. Elterliche Erziehungsstile in milieuspezifischer Differenzierung, Wiesbaden
- ^{xix} Rudolf Tippelt/ Heiner Barz [Hrsg.] (2004): Soziale und regionale Differenzierung von Weiterbildungsverhalten und Weiterbildungsinteressen, Stand: 21.05.2010, elektronisch veröffentlicht unter: http://www.bmbf.de/pub/weiterbildungsverhalten_und_interessen.pdf
- ^{xx} Matthias Grundmann/ Daniel Dravenau/ Uwe H. Bittlingmayer/ Wolfgang Edelstein (2006): Handlungsbefähigung und Milieu. Zur Analyse milieuspezifischer Alltagspraktiken und ihrer Ungleichheitsrelevanz.

Münster/New York

^{xxi} ebenda, Seite 250

^{xxii} ebenda

^{xxiii} Sylvia Liebenwein (2008)

^{xxiv} Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010)

^{xxv} Gertrud Kühnlein (2008): Das berufliche Übergangssystem. Neues kommunales Handlungsfeld im Dreieck von Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Jugendpolitik, in: BWP, Heft 1, S. 51ff., Stand 21.05.2010, elektronisch veröffentlicht unter: www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/download/.../1323

^{xxvi} Walter Siebel (2010): Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft, S. 36, in: Rupert Graf Strachwitz [Hrsg.] (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, Stuttgart, S. 25ff.

^{xxvii} Nina Oelkers/ Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegler (2010): Handlungsbefähigung und Wohlergehen – Der Capabilities-Ansatz als alternatives Fundament der Bildungs- und Wohlfahrtsforschung, in: Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden, S. 85ff.

^{xxviii} Walter Siebel (2010), S. 36

^{xxix} Matthias Grundmann/ Daniel Dravenau/ Uwe H. Bittlingmayer/ Wolfgang Edelstein (2006)

^{xxx} Peter Dabrock (2010)

^{xxxi} Christian Lüders (2008): Sozialraum quo vadis? Marginalien zu den Tagungsthesen, in: Tagungsdokumentation Sozialraumorientierung. Segregation, Marginalisierung und Integration in urbanen Räumen, München, S. 34ff., Stand 21.05.2010, elektronisch veröffentlicht unter: http://www.dji.de/bibs/64_Tag_Sozialraum.pdf

^{xxxii} Sabine Andresen/ Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegler (2010): Bildung as Human Development: an educational view on the Capabilities Approach, in: Hans-Uwe Otto/ Holger Ziegel [Hrsg.] (2010): Capabilities – Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft, Wiesbaden, S. 165ff.

^{xxxiii} Konrad Hummel (2010c): Gesellschaftliche Verantwortung in der Wohnungswirtschaft: Eine Positionsbestimmung aus Sicht des vhw– Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Arbeitspapier, Berlin

^{xxxiv} Michael Stein (2010): Zivilgesellschaft und Stadtentwicklung: Diskussionspapier zu einem Expertengespräch der Initiative „Stadt als Campus“, in: Planerin – Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 2/10, Berlin, S. 65ff.